

2.Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Alten Hansestadt Lemgo, 26.04.2021

TOP 4.2 Anregung der Fairtrade-Initiative Lemgo zur Unterzeichnung der Resolution für ein starkes Lieferkettengesetz

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister Baier, sehr geehrte Damen und Herren

Ich bin Helmut Kohorst und freue mich, dass ich Ihnen heute als Sprecher der FT-Initiative Lemgo unser Anliegen für ein starkes Lieferkettengesetz erläutern darf.

Nach mehrjährigen Verhandlungen über das im aktuellen Regierungsprogramm festgelegte Ziel eines Gesetzes zur Einhaltung der Menschenrechte, gegen Kinder- und Zwangsarbeit und für menschenwürdige Arbeitsverhältnisse und für faire Löhne in den gesamten Lieferketten – kurz Lieferkettengesetz - haben Entwicklungsminister Müller und Wirtschaftsminister Altmeier sich auf eine gemeinsame Gesetzesvorlage geeinigt, die gerade am 22./23.04.2021 in 1.Lesung im Bundestag verhandelt wurde.

Leider sind jedoch nach Einwendungen von Wirtschaftsvertretern und Lobbyisten wesentliche Forderungen einschlägiger NGOs am Ende wieder aus der Gesetzesvorlage gestrichen worden.

So soll das Gesetz erst 2023 in Kraft treten und nur für Betriebe ab 3000 Mitarbeiter, und erst 2024 für solche ab 1000 Mitarbeitern gelten. Kleinere Betriebe, und die stellen in den Lieferketten auch innerhalb Deutschlands die Mehrheit, sind vom Gesetz gar nicht betroffen.

Laut Gesetzesvorlage müssen betroffene Firmen sich für die Einhaltung der Menschenrechte und für menschenwürdige Arbeitsverhältnisse, gegen Kinder- und Zwangsarbeit und für faire Löhne längs ihrer Lieferketten einsetzen, Verstöße aufspüren und dokumentieren sowie sich dafür einsetzen, dass solche Verstöße abgestellt werden.

Allerdings sind vom Gesetz keinerlei Sanktionen vorgegeben. So wird bei Verstößen kein Abbruch von Geschäftsbeziehungen gefordert, es gibt keine Mindestlohnvorgaben, eine Haftung betroffener Unternehmen sowie ein Klagerecht für NGOs ist nicht vorgesehen.

In diesem Zusammenhang ist unsere Anregung zu sehen, dass sich Lemgo als „Fairtrade-Stadt“ für ein stärkeres Lieferkettengesetz einsetzt und sich einer Resolution einer Vielzahl von Fairtrade-Kommunen anschließt.

Diese von der Fairtrade-Stadt Neumarkt i.d.O. initiierte Resolution, deren Text Ihnen vorliegen sollte, enthält natürlich auch die Absicht der Unterzeichner-Kommunen, die bei ihren eigenen Beschaffungen vorhandenen Lieferketten entsprechend den Gesetzesvorgaben zu überprüfen und soweit wie möglich „Faire Beschaffung“ sicherzustellen.

Wir, die Fairtrade-Initiative Lemgo, würden uns sehr freuen, wenn Sie unserem Anliegen zustimmen und die noch bis zum 28.04.2021 – also übermorgen - geöffnete Resolution unterschreiben, um sich sichtbar für eine Nachschärfung des Lieferkettengesetzes im parlamentarischen Prozess einzusetzen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.“

Der Antrag wurde nach Aussprache mit 13 Stimmen bei 7 Gegenstimmen angenommen und der Bürgermeister beauftragt, die nachfolgend abgedruckte Resolution als Vertreter der Fairtrade-Stadt Lemgo rechtzeitig bis zum 28.04.2021 zu unterzeichnen.

Resolution: Kommunen für ein starkes Lieferkettengesetz in Deutschland¹

Brennende Textilfabriken, vergiftetes Trinkwasser oder ausbeuterische Zwangs- und Kinderarbeit sind nur die Spitze des Eisbergs: Schäden an Umwelt und Natur sowie prekäre Arbeitsbedingungen in den Ländern des Globalen Südens sind leider immer noch weit verbreitet - obwohl universelle Regeln zur Sicherung von Menschen- und Umweltrechten von fast allen Staaten ratifiziert wurden. Die Corona-Krise hat die Fragilität und ungleiche Lastenverteilung globaler Lieferketten noch weiter in den Fokus gerückt: Millionen Produzent*innen sind durch Auftragsstornierungen und das Zusammenbrechen ihrer Absatzmärkte in ihrer Existenz bedroht.

Deshalb setzen sich zahlreiche Kommunen bereits für faire, ökologische und menschenrechtskonforme Standards im öffentlichen Einkauf ein und zeigen: verantwortliche Beschaffung ist möglich!

Um sozial verantwortliche Beschaffung zur Regel zu machen, greifen wir, die Vertreterinnen und Vertreter von Kommunen in Deutschland, die Forderungen der [Initiative Lieferkettengesetz](#) auf und setzen uns ebenfalls ausdrücklich für die Einführung eines Lieferkettengesetzes ein, wie es im Koalitionsvertrag der Bundesregierung festgeschrieben wurde. Zunehmend fordern auch Unternehmen einen gesetzlichen Rahmen, der gleiche Wettbewerbsbedingungen schafft.

Wir fordern daher einen gesetzlich verbindlichen Rahmen, der Unternehmen dazu verpflichtet, Risiken zur Verletzung von international anerkannten Menschen-, Arbeits- und Umweltrechten entlang ihrer gesamten Wertschöpfungskette zu analysieren, diesen vorzubeugen und transparent darüber zu berichten! Bestehende Verletzungen dieser Rechte müssen beendet und ein Beschwerdemechanismus in den Unternehmen eingeführt werden. Freiwillige Maßnahmen reichen nicht. Haftungsregelungen sind das Kernstück eines wirksamen Lieferkettengesetzes, um die Einhaltung von Menschenrechten und Rechtsschutz für Betroffene zu garantieren. Zur Umsetzung des Lieferkettengesetzes müssen zudem effektive Durchsetzungsmechanismen von staatlichen Behörden etabliert werden. Nachhaltige Beschaffung kann nicht länger am Willen und am fachlichen Know-How Einzelner hängen. Ein wirksames Lieferkettengesetz muss beispielsweise ermöglichen, dass Unternehmen von der öffentlichen Vergabe ausgeschlossen werden, wenn nachweislich Sorgfaltspflichten verletzt wurden sowie ein Sorgfaltsplan nicht oder nur unvollständig vorliegt.

Ein derart ausgestaltetes Lieferkettengesetz bildet die rechtlich verbindliche Grundlage, verantwortungsvoll zu konsumieren und zu produzieren, menschenwürdige Arbeit für Alle zu fördern sowie die Entkopplung von wirtschaftlichem Handeln und Umweltzerstörung zu erreichen. Damit kann ein Beitrag zur Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele auch auf lokaler Ebene geleistet werden.

Bei einem bundesweiten Einkaufsvolumen der öffentlichen Hand von rund 350 Milliarden Euro, wovon ein Großteil auf die Kommunen entfällt, setzen wir uns als kommunale Vertreterinnen und Vertreter dafür ein, dass das ökonomische Steuerungspotenzial wirkungsvoller für die Durchsetzung sozialer und gesellschaftspolitischer Ziele genutzt wird.

¹ Aktualisierte Fassung vom 15.02.2021: Die Bundesregierung einigte sich am 12. Februar 2021 auf einen Referentenentwurf. Der Satz „Mit Sorge beobachten wir jedoch, dass die Regierungskoalition den Beschluss zur Einführung des Lieferkettengesetzes mehrfach vertagt hat. Zudem droht die Diskussion innerhalb der Großen Koalition die Wirkkraft des Lieferkettengesetzes zu mindern.“ wurde daher aus dem Resolutionstext gestrichen.

Als öffentliche Hand haben wir die Verpflichtung, faire, ökologische und menschenrechtskonforme Standards in unserem Einkauf und Handeln zu gewährleisten. Wir wollen nicht, dass mit öffentlichen Geldern Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung finanziert werden. Ein Lieferkettengesetz in Deutschland ist überfällig und ein wesentlicher Baustein für mehr globale Gerechtigkeit.

Die Stadt/die Gemeinde/der Landkreis

(Bitte Unzutreffendes streichen und Name der Kommune einfügen)

hat die Resolution mit Beschluss vom _____ angenommen.

Benennung des beschließenden Gremiums: _____

(optional)

unterzeichnet die Resolution durch den/die Vertretungsberechtigte/n.

(obligatorisch)

(Bitte Vorname, Name, Funktion einfügen)

Ort, Datum, Unterschrift